

Zahlungsdiensteaufsichtsrecht

Praxishandbuch für innovative Karten-, Internet- und mobile Zahlungsdienste

VON

Dr. Dr. Kai-Michael Hingst, Dr. Carsten Lösing

1. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65027 7

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Hingst/Lösing
Zahlungsdiensteaufsichtsrecht

beck-shop.de

beck-shop.de

Zahlungsdienste- aufsichtsrecht

Praxishandbuch für innovative Karten-, Internet- und mobile Zahlungsdienste

von

Dr. Dr. Kai-Michael Hingst

und

Dr. Carsten Lösing

2015



beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65027 7

© 2015 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstr. 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft,
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz H. Buck,
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort

Innovative Methoden der Zahlungsabwicklung spielen für die digitale Wirtschaft eine zentrale Rolle. Die Möglichkeit, im Internet einzukaufen und so nahezu jederzeit und überall auf Waren und Dienstleistungen zuzugreifen, lässt die bargeldlose Zahlungsabwicklung immer wichtiger werden. Die zunehmende Vernetzung und Weitergabe von Daten und die Digitalisierung von Zahlungsflüssen und Geldwerten birgt Chancen und Risiken zugleich.

Gesetzgeber reagieren auf diesen technischen Fortschritt mit einem gewissen, aber unvermeidlichen Zeitverzug und gerade in den letzten Jahren mit einer nochmals deutlichen Erhöhung der Regulierungsdichte. So stellt die europäische und in ihrem Gefolge die deutsche Legislative zunehmend höhere aufsichtsrechtliche Anforderungen nicht nur an Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, sondern auch an Zahlungs- und E-Geld-Institute. Auch Unternehmen der Realwirtschaft stehen vor der Frage, ob und inwieweit sie von der sich ausweitenden Regulierung betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund widmet sich das vorliegende Werk dem Zahlungsdienstleistungsaufsichtsrecht, so wie es, den europäischen Vorgaben folgend, seinen Niederschlag im Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetz (ZAG) gefunden hat, das seit seinem Inkrafttreten im Jahr 2009 die Grundlage für die Beaufsichtigung der Zahlungsinstitute bildet und seit dem Jahr 2011 auch die Beaufsichtigung der E-Geld-Institute regelt. Der Schwerpunkt des Buches liegt dementsprechend auf den regulatorischen Anforderungen an Zahlungs- und E-Geld-Institute.

Als Praxishandbuch lässt das Werk Erfahrungen der Verfasser aus BaFin-Verfahren und der anwaltlichen Beratung einfließen. Es enthält eine Reihe von Schaubildern und Checklisten für die praktische Arbeit. Empirisches und statistisches Material wird einbezogen, ein Glossar soll den Zugang zur Materie erleichtern.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind bis Ende November 2014 berücksichtigt.

Die Verfasser danken Frau Referendarin Marlen Thaten LL.B., Herrn Rechtsanwalt Dr. Karl-Alexander Neumann und Herrn wiss. Mitarb. Patrick Oei LL.B. für wertvolle Mitarbeit und Frau Tina Hultsch für sachkundige technische Unterstützung.

Hamburg, im Dezember 2014

Kai-Michael Hingst

Carsten Lösing

beck-shop.de

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abbildungsverzeichnis	XXI
Tabellenverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der Checklisten	XXV
Literaturverzeichnis	XXVII
Abkürzungsverzeichnis	XLV
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Rahmenbedingungen	12
§ 3 Europarechtliche Grundlagen	25
§ 4 Zivilrechtliche Grundlagen	36
§ 5 Aufsichtsrechtliche Grundlagen	45
§ 6 Erlaubnispflichtigkeit von Zahlungsinstituten	59
§ 7 Erlaubnispflichtigkeit von E-Geld-Instituten	95
§ 8 Ausnahmen von der Erlaubnispflicht	105
§ 9 Erlaubnisverfahren	136
§ 10 Kapitalausstattung von ZAG-Instituten	157
§ 11 Sicherung der Kundengelder durch ZAG-Institute	168
§ 12 Ordnungsgemäße Geschäftsorganisation	176
§ 13 Einschaltung Dritter: Auslagerungen und (E-Geld-)Agenten	195
§ 14 Geldwäscherechtliche Pflichten	214
§ 15 Anzeigepflichten	235
§ 16 Aufklärungsmaßnahmen der BaFin und Sanktionen bei Verstößen	246
§ 17 Erscheinungsformen des Zahlungsverkehrs (I): Traditionelle Modelle	263
§ 18 Erscheinungsformen des Zahlungsverkehrs (II): Innovative Modelle	293
§ 19 Crowdfunding	320
	VII

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

§20 Gestaltung des Geschäftsmodells	334
§21 Gestaltung der Vertragswerke	342
§22 Zahlungssysteme	351
§23 Europäische Bezüge	359
§24 Rechtspolitischer Ausblick	369
Anhang	377
Glossar	397
Sachverzeichnis	405

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abbildungsverzeichnis	XXI
Tabellenverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der Checklisten	XXV
Literaturverzeichnis	XXVII
I. Schrifttum	XXVII
II. Elektronische Ressourcen	XXXVII
Abkürzungsverzeichnis	XLV
§ 1 Einleitung	1
I. Zahlungsdienstenaufsichtsrecht und Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG)	1
II. Ausgewählte statistische Angaben zum Zahlungsverkehr	3
1. Allgemeine Angaben	3
2. Transaktionen	4
3. Zahlungsinstrumente	7
4. ZAG-Institute	9
III. Literaturüberblick	10
IV. Gedankengang des Werkes	11
§ 2 Rahmenbedingungen	12
I. Geld als Gegenstand des Zahlungsverkehrs	12
1. Begriff des Geldes	12
2. Funktionen des Geldes	13
3. Geld als gesetzliches Zahlungsmittel	13
II. Historische Entwicklung des Geldes	14
III. Technologischer Rahmen	15
1. Der Trend zur elektronischen Zahlungsabwicklung	15
2. Innovationen bei mobilen Bezahlverfahren	16
a) Mobile Akzeptanzterminals	16
b) App-basierte Lösungen über TAN, Strichcode und QR Code	17
c) NFC-basierte Lösungen	17
d) BLE-basierte Lösungen	18
IV. Institutioneller Rahmen	18
1. Europäisches System der Zentralbanken	19
2. Europäisches Finanzaufsichtssystem	19
3. Deutsche Finanzaufsichtsbehörden	21
a) BaFin	22
b) Deutsche Bundesbank	22
4. Einheitlicher Aufsichtsmechanismus	23

§ 3	Europarechtliche Grundlagen	25
I.	Das Ziel eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA)	25
II.	Europäische Rechtsakte zum Zahlungsverkehr	26
1.	Erste europäische Vorgaben zum Zahlungsverkehrsrecht (1990er Jahre)	27
2.	Erste E-Geld-Richtlinie (2000)	27
3.	Erste Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen (2001)	28
4.	Geldtransfer-Verordnung (2006)	28
5.	(Erste) Zahlungsdiensterichtlinie (2007)	29
6.	Zweite E-Geld-Richtlinie (2009)	31
7.	Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen (2009)	32
8.	SEPA-Verordnung (2012)	33
9.	Vorschlag der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie (2013)	34
§ 4	Zivilrechtliche Grundlagen	36
I.	Grundbegriffe und Grundstrukturen	36
1.	Einführung	36
2.	Begrifflichkeiten	37
3.	Grundstrukturen	38
a)	Mehrseitige Systeme als Regelfall	38
b)	Rechtsbeziehungen der Beteiligten	39
c)	Unabhängigkeit der Rechtsverhältnisse bei einem Zahlungsvorgang	40
II.	Zivilrechtliche Vorgaben für den Zahlungsverkehr	40
1.	Europarechtlicher Hintergrund	40
2.	Zivilrechtliche Bestimmungen für Zahlungsdienste	41
a)	Überblick	41
b)	Vertragliche Pflichten aus dem Zahlungsdienstvertrag	41
c)	Erbringung und Nutzung von Zahlungsdiensten	42
3.	Sonderregeln für das E-Geld-Geschäft	42
4.	Abdingbarkeit	43
III.	Ausblick: Zivilrechtliche Änderungen durch den Entwurf der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie	43
1.	Ausweitung des geographischen Anwendungsbereichs	43
2.	Ausweitung des sachlichen Anwendungsbereichs	44
3.	Begrenzung der Haftung des Zahlers	44
§ 5	Aufsichtsrechtliche Grundlagen	45
I.	Regelungsmaterie des Finanzaufsichtsrechts	45
1.	Gegenstand des Finanzaufsichtsrechts im Allgemeinen	45
a)	Institutsbezogene Aufsicht	46
b)	Marktbezogene Aufsicht	46
2.	Gegenstand des Zahlungsdiensteaufsichtsrechts im Besonderen	47
II.	Ziele des Finanz- und Zahlungsdiensteaufsichtsrechts	48
1.	Ziele des Finanzaufsichtsrechts im Allgemeinen	48
2.	Ziele des Zahlungsdiensteaufsichtsrechts im Besonderen	49
a)	Anfänge des Zahlungsdiensteaufsichtsrechts	49
b)	Hauptziele des Zahlungsdiensteaufsichtsrechts	50
c)	Nebenziele des Zahlungsdiensteaufsichtsrechts	50
III.	Verfassungsmäßigkeit des Finanz- und Zahlungsdiensteaufsichtsrechts	51
1.	Erlaubnisvorbehalt nach §§ 8, 8a ZAG	51
a)	Konzeptionelle Einordnung	51
b)	Konsequenz	52
2.	Grundrechtliche Einordnung der Erlaubnispflicht	52
a)	Verfassungsrechtlicher Bezugsrahmen	52

b) Bewertung der Parallelvorschrift für Kreditinstitute in § 32 KWG	53
c) Rechtfertigung der grundrechtlichen Beschränkung durch §§ 8, 8a ZAG	53
IV. Kritik an aufsichtsrechtlicher Regulierung	54
V. Das „Institut“ als Regelungssubjekt	56
1. Institute im Sinne der CRR	56
2. Institute im Sinne des KWG	57
3. Institute im Sinne des ZAG	57
§ 6 Erlaubnispflichtigkeit von Zahlungsinstituten	59
I. Erfordernis einer Erlaubnis für Tätigkeiten „im Inland“	60
1. Maßgeblichkeit des vertriebsbezogenen Ansatzes	60
2. Anwendbarkeit des ZAG bei ausschließlicher Abwicklung von Zahlungsdiensten über inländische Konten?	61
3. Tätigwerden ausländischer Institute im Inland	62
4. Erlaubnisfreiheit im Rahmen der sog passiven Dienstleistungsfreiheit	62
II. „Gewerbsmäßigkeit“ bzw. „Erfordernis eines in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetriebs“	63
1. Gewerbsmäßigkeit	63
2. Erfordernis eines in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetriebs	64
III. „Zahlungsdienste“	65
1. Grundbegriffe	65
a) Zahlung	65
b) Zahlungsvorgang	65
c) Zahlungsauftrag	66
d) Zahlungskonto	66
aa) Laufende Rechnung	66
bb) Ausführung von Zahlungsvorgängen	67
cc) Buch- und rechnungsmäßige Darstellung	67
dd) Rechtsverbindlicher Anspruch des Zahlungsdienstnutzers gegen den Zahlungsdienstleister	67
ee) Abgrenzung zum Girokonto bei Banken	68
ff) Abgrenzung zu internen Konten und Schattenkonten	68
2. Überblick über die Zahlungsdienste (§ 1 Abs. 2 ZAG)	69
3. Ein- und Auszahlungsgeschäft (Nr. 1)	70
4. Zahlungsgeschäft ohne Kreditgewährung (Nr. 2)	72
a) Überblick zum Zahlungsgeschäft	72
b) Lastschriftgeschäft	73
c) Überweisungsgeschäft	74
d) Zahlungskartengeschäft	75
5. Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung (Nr. 3)	78
6. Zahlungsauthentifizierungsgeschäft (Nr. 4)	78
a) Zahlungsauthentifizierungsinstrumente	79
b) Ausgabe von Zahlungsauthentifizierungsinstrumenten	80
c) Annahme und Abrechnung von mit Zahlungsauthentifizierungsinstrumenten ausgelösten Zahlungsvorgängen	81
7. Digitalisiertes Zahlungsgeschäft (Nr. 5)	82
8. Finanztransfergeschäft (Nr. 6)	83
a) Normstruktur	83
b) Tatbestandselemente	83
aa) Geldbetrag	84
bb) Handeln auf Seiten des Zahlers bzw. des Empfängers	84
cc) Keine Einrichtung eines Zahlungskontos auf den Namen des Zahlers oder Zahlungsempfängers	85
dd) Ausschließlichkeit	86

c) Fallgruppen	86
d) Treuhandkonstellationen	87
e) Nachnahmezahlungen und Inkasso	87
f) Factoring	88
g) Normzweck	89
h) Kritik am weiten Verständnis des Finanztransfergeschäfts durch die BaFin	90
i) Hinweis auf Ausnahmen	91
9. Ausblick: Erweiterung des Anwendungsbereichs durch den Entwurf der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie	91
a) Einführung des Terminus „dritte Zahlungsdienstleister“	91
b) Zahlungsauslösedienste	91
c) Kontoinformationsdienste	92
d) Wegfall des digitalisierten Zahlungsgeschäfts	93
IV. Tätigkeit „als Zahlungsinstitut“	93
V. Absicht der Erbringung von Zahlungsdiensten	94
§7 Erlaubnispflichtigkeit von E-Geld-Instituten	95
I. Erste Regulierungsansätze	95
II. E-Geld	96
1. Tatbestandsmerkmale	96
a) Elektronisch gespeicherter monetärer Wert	96
b) Forderung gegen den Emittenten	97
c) Ausstellung gegen Zahlung eines Geldbetrages	97
d) Durchführung von Zahlungsvorgängen	98
e) Akzeptanz durch Dritte	98
2. Rechtsbeziehungen und Rechtsnatur von E-Geld	99
3. Geschäftsfelder	100
III. E-Geld-Geschäft	100
1. Ausgabe von E-Geld	100
2. Betreiben des E-Geld-Geschäfts	101
3. Kein Erfordernis der Gewerbsmäßigkeit	102
IV. E-Geld-Institute und E-Geld-Emittenten	103
V. Umfang der Erlaubnis	104
§8 Ausnahmen von der Erlaubnispflicht	105
I. Keine Befreiungsmöglichkeiten	106
II. Ausnahmen für Zahlungsdienste (§ 1 Abs. 10 ZAG)	107
1. Grundlagen	107
2. Unmittelbare Bargeldzahlungen (Nr. 1)	107
3. Handelsvertreter oder Zentralregulierer (Nr. 2)	108
a) Allgemeines	108
b) Anwendung der Ausnahme auf Betreiber von Internethandelsplattformen	109
c) Ausblick: Änderungen durch den Entwurf der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie	110
4. Werttransportunternehmen und Wertdienstleister (Nr. 3)	111
5. Reverse Bargeldzahlungen (Nr. 4)	112
6. Geldwechselfeschäfte (Nr. 5)	113
7. Schecks, Wechsel, Gutscheine und Postanweisungen (Nr. 6)	114
8. Zahlungsvorgänge innerhalb von Zahlungs- und Wertpapierabwicklungssystemen (Nr. 7)	115

9.	Zins- und Dividendenzahlungen von Instituten oder Kapitalanlagegesellschaften im Rahmen ihrer Zulassung nach KWG oder InvG (Nr. 8)	116
10.	Technische Infrastrukturdienstleistungen (Nr. 9)	116
11.	Verbundzahlungssysteme (Nr. 10)	118
	a) Grundlagen	118
	b) Gruppe 1: Regionale Begrenzung auf die Geschäftsräume der ausgebenden Stelle	119
	c) Gruppe 2: Begrenzte Auswahl von Waren oder Dienstleistungen	119
	d) Gruppe 3: Begrenztes Netz von Händlern oder Dienstleistern	119
	e) Notwendigkeit einer Konkretisierung des unbestimmten Rechtsbegriffs	120
	f) Systematische Analyse und zu berücksichtigende Kriterien	121
	g) Ausblick: Änderungen durch den Entwurf der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie	122
12.	Digitale Zahlungen als Nebendienstleistung zu digitalen Übertragungen (Nr. 11)	123
	a) Voraussetzung der Ausnahme	123
	b) Ausblick: Änderungen durch den Entwurf der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie	124
13.	Zahlungsvorgänge unter Zahlungsdienstleistern (Nr. 12)	125
14.	Zahlungen innerhalb eines Konzerns oder einer Verbundgruppe (Nr. 13)	125
15.	Bankautomaten (Nr. 14)	126
16.	Entgegennahme und Übergabe von Bargeld im Rahmen einer gemeinnützigen Tätigkeit (Nr. 15)	127
17.	Inkasso	128
18.	Nebendienstleistungen von Steuerberatern	129
III.	Ausnahmen für E-Geld	129
	1. Grundlagen	129
	2. E-Geld-Verbundzahlungssysteme	130
	a) Gruppe 1: Regionale Begrenzung auf die Geschäftsräume des ausgebenden Ausstellers	131
	b) Gruppe 2: Begrenzte Auswahl von Waren oder Dienstleistungen	131
	c) Gruppe 3: Begrenztes Netz von Händlern oder Dienstleistern	132
	3. Technische Infrastrukturleistungen	134
	4. Ausblick	135
§ 9	Erlaubnisverfahren	136
I.	Zeitlicher Ablauf	137
II.	Kosten des Erlaubnisverfahrens	138
III.	Antragsunterlagen	139
	1. Allgemeine Vorgaben	139
	2. Checkliste für Zahlungsinstitute	139
	3. Checkliste für E-Geld-Institute	142
	4. Ausblick: Erweiterung des Antragsverfahrens für Zahlungsinstitute durch den Entwurf der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie	145
IV.	Anzeigepflicht von Inhabern bedeutender Beteiligungen an einem ZAG-Institut	145
	1. Grundlagen	145
	2. Form und Inhalt der Anzeige	146
V.	Erlaubnisträger, Umfang der Erlaubnis und Auflagen	147
	1. Träger der Erlaubnis	147
	2. Umfang der Erlaubnis	147
	3. Auflagen	148
VI.	Versagung der Erlaubnis	149
	1. Versagungsgründe	149

a) Mangelnde Angaben und Unterlagen	149
b) Mangelndes Eigenkapital	149
c) Unzuverlässigkeit des Antragstellers oder von Inhabern bedeutender Beteiligungen	149
d) Unzuverlässigkeit oder mangelnde fachliche Eignung von Geschäftsleitern	151
e) Nichterfüllung organisatorischer Pflichten	152
f) Beeinträchtigung einer wirksamen Aufsicht	152
g) Hauptverwaltung im Ausland	153
h) Institutsspezifische Versagungsgründe	154
2. Rechtsmittel bei Versagung der Erlaubnis	154
VII. Erlöschen der Erlaubnis	154
VIII. Mitteilung wesentlicher Änderungen	155
IX. Einholung eines Negativattests statt Durchführung eines Erlaubnisverfahrens	155
§ 10 Kapitalausstattung von ZAG-Instituten	157
I. Grundlagen	157
II. Definition von Anfangs- und Eigenkapital	158
1. Definition des Anfangskapitals	158
2. Definition des Eigenkapitals	159
III. Kapitalisierung von Zahlungsinstituten	161
1. Überblick	161
2. Anfangskapital der Zahlungsinstitute	162
3. Fortlaufende Eigenkapitalunterlegung	162
a) Grundlagen	162
b) Methode A	163
c) Methode B	163
d) Methode C	164
IV. Kapitalisierung von E-Geld-Instituten	166
V. Meldung der Eigenkapitalausstattung von ZAG-Instituten	167
§ 11 Sicherung der Kundengelder durch ZAG-Institute	168
I. Grundlagen	168
II. Hinterlegung auf einem offenen Treuhandkonto	169
III. Investition in sichere liquide Aktiva mit niedrigem Risiko	171
IV. Versicherung	171
V. Bankgarantie	172
VI. Verwendbarkeit von Kundengeldern für die Konzerninnenfinanzierung?	172
VII. Ausblick: Änderungen der Sicherungsanforderungen durch den Entwurf der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie	174
§ 12 Ordnungsgemäße Geschäftsorganisation	176
I. Grundlagen	177
II. Relevanz der MaRisk für ZAG-Institute	178
1. Wesentliche Vorgaben der MaRisk für Kreditinstitute	178
2. Rechtsnatur der MaRisk	178
3. Anwendbarkeit der MaRisk auf ZAG-Institute	180
a) Diskussionsstand	180
b) Stellungnahme	181
c) Praktische Konsequenzen	182

III. Bestandteile der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation von ZAG-Instituten	183
1. Überblick	183
2. Auf- und Ausbau der Geschäfts- und Risikostrategie	184
3. Aufbau- und Ablauforganisation	184
4. Wesentliche Funktionen der Geschäftsorganisation	185
a) Risikocontrolling	185
b) Compliance-Funktion	186
c) Interne Revision	186
5. Risikomanagementsystem	187
a) Proportionalitätsprinzip	187
b) Risikoprofil von ZAG-Instituten	187
6. Technische Ausstattung	189
7. Zahlungsverkehrstechnische Sicherungen	190
a) Status quo	190
b) Ausblick: Erhöhung der Sicherheitsanforderungen durch den Entwurf der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie	190
8. Notfallkonzept	191
9. Dokumentationspflichten	192
10. Verlustdatenbank	192
IV. Verantwortlichkeit der Geschäftsleiter für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation	193
1. Verantwortlichkeit der Geschäftsleiter	193
2. Zuweisung von Verantwortlichkeiten	193
§ 13 Einschaltung Dritter: Auslagerungen und (E-Geld-)Agenten	195
I. Auslagerungen	196
1. Anwendungsbereich und Begriff der wesentlichen Auslagerung	196
a) Anwendungsbereich der Auslagerungsregelungen	196
b) Begriff der Auslagerung	196
c) Wesentlichkeit der Auslagerung	197
2. Institutsspezifische Risikoanalyse	198
a) Bedeutung der institutsspezifischen Risikoanalyse	198
b) Anforderungen an die institutsspezifische Risikoanalyse	199
3. Auslagerungsfähigkeit bestimmter Aufgaben	200
4. Anforderungen an eine Auslagerung	201
a) Angemessene Vorkehrungen zur Vermeidung übermäßiger Risiken	201
b) Keine Delegation der Verantwortung	202
c) Anzeigepflichten	202
d) Weitere Anforderungen	203
II. Einschaltung von Agenten und E-Geld-Agenten	203
1. Grundlagen	204
2. Begriffe des Agenten und des E-Geld-Agenten	205
a) Begriff des Agenten	205
b) Begriff des E-Geld-Agenten	206
3. Gemeinsame Regeln für Agenten und E-Geld-Agenten	208
a) Keine Erlaubnispflichtigkeit von (E-Geld-)Agenten	208
b) Anzeigepflichten und Eintragungen ins Register	208
c) Allgemeine Aufsicht über (E-Geld-)Agenten	209
4. Sonderregelung der Haftung des ZAG-Instituts für Handlungen des Agenten	209
5. Sonderregeln im Zusammenhang mit E-Geld	210
a) Verbot der Ausgabe von E-Geld über im Namen des E-Geld-Instituts tätig werdende Personen	210

b) Exkurs: Besondere Verpflichtungen von E-Geld-Emittenten bei Ausgabe und Rücktausch von E-Geld	211
aa) Ausgabe und Rücktausch zum Nennwert	211
bb) Vorvertragliche Informationspflichten	211
cc) Zulässigkeit und Höhe von Rücktauscentgelten	212
§ 14 Geldwäscherechtliche Pflichten	214
I. Grundlagen	215
1. Hintergrund	215
2. Geldwäscherechtliche Rechtsgrundlagen	215
3. Die geldwäscherechtlich Verpflichteten	216
a) Institute und andere Personengruppen	216
b) Agenten und E-Geld-Agenten	216
c) E-Geld-Intermediäre	217
4. Pflichtauslösende Schwellenwerte	217
II. Ausgewählte geldwäscherechtliche Pflichten im Einzelnen	218
1. Überblick	218
2. Identifizierungspflicht	219
a) Identifizierung des Vertragspartners	219
b) Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten	219
c) Abklärung des PEP-Status	220
3. Interne Sicherungsmaßnahmen	221
a) Geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme	222
b) Geldwäschebeauftragter	222
aa) Aufgaben des Geldwäschebeauftragten	223
bb) Stellung und Kompetenzen des Geldwäschebeauftragten	224
cc) Bestellung und Abberufung des Geldwäschebeauftragten	224
c) Unterrichtung und Schulung der Beschäftigten	225
d) Prüfung der Zuverlässigkeit der Beschäftigten	226
4. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	228
5. Übertragung von Sorgfaltspflichten auf zuverlässige Dritte	228
a) Zuverlässige Dritte kraft Gesetzes	228
b) Zuverlässige Dritte kraft Vereinbarung	229
c) Übermittlungspflicht	229
III. Abstufung der Sorgfaltspflichten nach dem Geldwäscherisiko	230
1. Durchführung einer Geldwäsche-Risikoanalyse	230
2. Vereinfachter Sorgfaltsmaßstab	230
3. Verschärfter Sorgfaltsmaßstab	230
4. Insbesondere: Geldwäscherisiken beim E-Geld-Geschäft	231
a) Grundsätzlich erhöhte Geldwäscherisiken beim E-Geld-Geschäft	231
b) Ausnahmsweise Befreiung von bestimmten geldwäscherechtlichen Pflichten durch die BaFin	232
IV. Ausblick: Änderungen durch den Entwurf der Vierten Geldwäsche-Richtlinie	233
§ 15 Anzeigepflichten	235
I. Grundlagen	235
II. Anzeigepflichten von ZAG-Instituten	236
1. Anzeigepflichten von ZAG-Instituten im Allgemeinen	236
2. Unterlagen für die Bestellung von Geschäftsleitern	240
III. Anzeigepflichten von Geschäftsleitern	242
IV. Anzeigepflichten von Inhabern bedeutender Beteiligungen	242
1. Grundlagen	242

2.	Anzeigepflichten beim Erwerb einer bedeutenden Beteiligung	243
3.	Weitere Anzeigepflichten von Inhabern bedeutender Beteiligungen	245
V.	Anzeigepflichten von Abschlussprüfern	245
§ 16	Aufklärungsmaßnahmen der BaFin und Sanktionen bei Verstößen	246
I.	Statistische Angaben	246
II.	Informelles Handeln der BaFin	248
III.	Ermächtigungsgrundlagen für formelles Handeln	249
1.	Aufsichtsrechtliche Generalklausel	249
2.	Aufsichtsrechtliche Spezialbefugnisse	251
IV.	Aufklärungsmaßnahmen	252
1.	Grundlagen	252
2.	Anhörungsschreiben	253
3.	Auskunfts- und Vorlegungsersuchen	253
4.	Prüfungen vor Ort	254
5.	Durchsuchung	255
6.	Sicherstellung	256
V.	Sanktionen bei Verstößen gegen die Erlaubnispflicht	256
1.	Überblick	256
2.	Ermessen der BaFin bei Sanktionen	257
3.	Einstellung des Geschäftsbetriebs	258
4.	Abwicklungsanordnung	259
5.	Bestellung eines Abwicklers	260
6.	Abberufung von Geschäftsleitern	260
VI.	Rechtsmittel gegen Verwaltungsakte der BaFin	261
VII.	Straf- und Bußgeldvorschriften	262
§ 17	Erscheinungsformen des Zahlungsverkehrs (I): Traditionelle Modelle	263
I.	Überblick über Zahlungsinstrumente und -methoden	264
II.	Bargeldbasierte Geschäftsmodelle: Hawala Banking und andere Formen des Bargeldtransfers	265
1.	Bedeutung und Verbreitung von Bargeldtransfers	265
2.	Funktionsweise des Hawala Banking	269
3.	Vor- und Nachteile des Hawala Banking	270
a)	Geschwindigkeit	270
b)	Kosten	271
c)	Unabhängigkeit vom Bankensystem	271
d)	Vielseitigkeit	271
e)	Geldwäschegefahr	271
4.	Aufsichtsrechtliche Einordnung von Bargeldtransfers	272
III.	Papiergestützte Bezahlssysteme	273
1.	Scheck	273
2.	Akkreditiv	275
IV.	Kontengestützte Bezahlssysteme	276
1.	Grundlagen	276
2.	SEPA-Überweisungen	277
3.	SEPA-Lastschriften	277
a)	Funktionsweise	277
b)	Unterschiede zwischen SEPA-Basislastschrift und SEPA-Firmenlastschrift	278
V.	Kartengestützte Bezahlssysteme	279
1.	Kartenzahlungssysteme	279

2.	Kreditkartensysteme	280
a)	Zwei- und dreigliedrige Kreditkartensysteme	280
b)	Viergliedrige Kreditkartensysteme	281
aa)	Grundlagen	281
bb)	Kreditkartenorganisationen	282
cc)	Händlerseite: Händlerbank und Vertragsunternehmen	283
dd)	Kundenseite: Kartenemittent und Karteninhaber	284
ee)	Rechtsbeziehungen zwischen Kreditkartenorganisation, Kartenemittent und Händlerbank	285
ff)	Processing-Unternehmen	286
3.	Debitkarten	286
4.	Prepaid-Karten	287
a)	GeldKarte	287
b)	paysafecard	288
c)	Aufsichtsrechtliche Einordnung	289
5.	Gutscheinkartensysteme	289
6.	Kartenbasierte Kundenbindungsprogramme	290
a)	Grundlagen	290
b)	Geschäftsmodell	290
c)	Marktsituation	291
d)	Aufsichtsrechtliche Einordnung	291
§ 18 Erscheinungsformen des Zahlungsverkehrs (II): Innovative Modelle		293
I. Grundlagen		294
II. Online-Bezahlsysteme		296
III. Mobile Zahlungen		298
1.	Bedeutung mobiler Zahlungen als Zukunftstechnologie und Wachstums- markt	298
2.	Definition von mobile Payments	298
a)	Einsatz eines mobilen Endgeräts	299
b)	Definition mobiler Zahlungen	299
c)	Abgrenzung mobiler Zahlungen von elektronischen oder digitalen Zahlungen	302
3.	Erscheinungsformen mobiler und elektronischer bzw. digitaler Zahlungen ..	303
a)	Einzug mit der Telefonrechnung	303
b)	Nutzung von Prepaid-Konten	303
c)	Weitere Gestaltungsmöglichkeiten	303
4.	Aufsichtsrechtliche Einordnung mobiler Zahlungen	303
5.	Aufsichtsrechtliche Einordnung von NFC-Stickern	304
6.	M-Pesa als Beispiel für ein klassisches Mobile Payment-System	305
IV. Online Wallets (integrierte Systeme)		306
1.	Grundlagen	306
2.	Ausgewählte Online Wallets	306
a)	PayPal	307
b)	Google Wallet	308
c)	Facebook Payments	309
d)	Mpass	310
3.	Aufsichtsrechtliche Einordnung von Online Wallets	310
V. Virtuelle Währungen		311
1.	Begriff und Erscheinungsformen von virtuellem Geld	311
2.	Funktionsweise virtueller Währungen am Beispiel von Bitcoins	313
3.	Vor- und Nachteile virtueller Währungen	314
4.	Aufsichtsrechtlicher Status virtueller Währungen in Deutschland	314
a)	Rechtsnatur von Bitcoins	315

aa) Kein Geld	315
bb) Kein E-Geld	315
cc) Virtuelle Währungen als Rechnungseinheiten	316
b) Aufsichtsrechtliche Konsequenzen	316
c) Steuerliche und bilanzielle Behandlung	317
5. Internationale Sicht auf Bitcoins	318
6. Fazit und Ausblick	319
§ 19 Crowdfunding	320
I. Begriff, Formen und Entwicklung des Crowdfundings	320
II. Geschäftsmodelle von Crowdfunding-Plattformen	322
1. Grundlagen	322
2. Kreditvermittlung bei auxmoney	323
3. Kreditvermittlung bei Lendico	324
4. Kreditvermittlung bei smava	325
5. Kreditvermittlung bei Seedmatch	327
6. Crowdfunding bei der Bergfürst Bank	327
III. Aufsichtsrechtliche Einordnung	328
1. Grundlagen	328
2. Erlaubnispflichten nach dem KWG	328
3. Erlaubnispflichten nach dem ZAG	331
4. Gewerbeerlaubnis	332
5. Prospektspflichten	333
§ 20 Gestaltung des Geschäftsmodells	334
I. Vor- und Nachteile eines erlaubnispflichtigen Geschäftsmodells	334
1. Vorteile eines erlaubnispflichtigen Geschäftsmodells	335
a) Erlaubnis der BaFin als Qualitätssiegel	335
b) Möglichkeit der europaweiten Tätigkeit	335
c) Abgrenzung zum Wettbewerb	335
d) Aufsichtsrechtliche Unbedenklichkeit bei Besitz einer Erlaubnis	335
2. Nachteile eines erlaubnispflichtigen Geschäftsmodells	336
a) Dauer und Kosten des Erlaubnisverfahrens	336
b) Laufende Überwachung durch BaFin und Deutsche Bundesbank	337
c) Bindung von Unternehmensressourcen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen	337
d) Bindung von Kapital im Unternehmen	337
II. Ansatzpunkte zur erlaubnisfreien Ausgestaltung des Geschäftsmodells	338
1. Zweiseitiges System	338
2. Geschlossene Tauschringe	338
3. Nutzung von Ausnahmetatbeständen	338
4. Einschaltung eines lizenzierten Instituts	339
5. Erwerb eines Instituts	340
6. Nutzung des Europäischen Passes	340
III. Exemplarische Bewertung von Gestaltungsoptionen	341
§ 21 Gestaltung der Vertragswerke	342
I. Typische Vertragsverhältnisse	342
II. Aufsichtsrechtliche Vorgaben für die zivilrechtliche Vertragsgestaltung	343
III. Beispiel: Das aufsichtsrechtliche Minimum in Auslagerungsverträgen	344
IV. Zivilrechtlicher Exkurs: Informationspflichten von Zahlungsdienstleistern gegenüber Zahlungsdienstnutzern	346

§22 Zahlungssysteme	351
I. Grundlagen	351
1. Begriff der Zahlungssysteme	351
2. Bedeutung der Zahlungssysteme für die Volkswirtschaft	352
3. Abrechnungsmethoden	353
II. Arten von Zahlungssystemen	354
III. Aufsichtsrechtliche Anforderungen an Zahlungssysteme	355
1. Keine Beaufsichtigung durch die BaFin	355
2. Stabilität von Zahlungssystemen	356
IV. Diskriminierungsfreier Zugang zu Zahlungssystemen	357
§23 Europäische Bezüge	359
I. Zusammenarbeit von BaFin und Deutscher Bundesbank mit anderen Behörden	359
II. Europäischer Pass	360
1. Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit von ZAG-Instituten in Europa	360
2. Grenzüberschreitende Tätigkeit inländischer Institute im Ausland (§ 25 ZAG)	361
3. Grenzüberschreitende Tätigkeit ausländischer Institute im Inland (§ 26 ZAG)	362
III. Nationale Differenzen bei der Umsetzung der europäischen Vorgaben zum Zahlungsdiensteaufsichtsrecht	363
1. Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie	363
a) Grundlagen	363
b) Geographischer Anwendungsbereich	363
aa) Gesetzgebung	363
bb) Verwaltungspraxis	366
cc) Mögliche Weiterentwicklung durch die Zweite Zahlungsdiensterichtlinie	367
c) Materieller Anwendungsbereich	367
2. Umsetzung der Zweiten E-Geld-Richtlinie	368
§24 Rechtspolitischer Ausblick	369
I. Der Kommissionsvorschlag einer neuen Zahlungsdiensterichtlinie	369
II. Wesentliche geplante Änderungen der bestehenden Zahlungsdiensterichtlinie	370
III. Einschätzung	372
1. Perspektive der Unternehmen	372
2. Perspektive der Verbraucher	374
IV. Fazit	374
Anhang	377
I. Chronologische Übersicht über europäische Richtlinien und Verordnungen im Bereich des Finanzaufsichtsrechts	377
II. Formular „Angaben zur Zuverlässigkeit“	380
III. ZIEV-Meldebogen	382
IV. Geldwäscherechtliche Pflichten von ZAG-Instituten	385
V. Formulare „Jahresbilanz“ und „Gewinn- und Verlustrechnung“	392
Glossar	397
Sachverzeichnis	405